

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenbürg RM 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM 1.60 mit Postzuschlag. Preis einer Nummer 10 Pf.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Wiederherstellung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen und Buchhandlungen jederzeit entgegen. Geschäftspreis RM 4.

Druckerei Nr. 24 bei der Oberamts-Poststelle Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neuenbürger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pf., Reklameweisung 100 Pf., Kollektivanzeigen 100 Pf. Zuschlag. Offerte und Aufnahmestellung 10 Pf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachrückens einfügig wird, ebenso wenn die Zeitung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Veränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für teile, Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 131

Mittwoch den 8. Juni 1932

90. Jahrgang

Grundfällige Beschlüsse des Reichstabinetts

Beratungen über das Siedlungswesen

Berlin, 7. Juni. Das Reichskabinett fasste heute grundfällige Beschlüsse über die Sicherung der Reichsfinanzen. Die Reichsfinanzen wurden angewiesen, weitere Ersparnisse für den Reichshaushalt 1932 noch über den bereits vorliegenden Haushaltsplan hinaus anzumelden. Ferner legte das Reichskabinett a. a. die Beratungen über das ländliche Siedlungswesen fort, das durch Beschluß vom 2. 6. 1932 dem Reichsernährungsminister zugewiesen wurde.

Zu den Mittellungen über die heutige Kabinettsitzung erfahren wir ergänzend, daß die neue Notverordnung der Reichsregierung voraussichtlich in der ersten Hälfte der nächsten Woche herauskommen wird. Praktisch handelt es sich dabei um zwei Notverordnungen, nämlich einmal um den Etat, zum anderen um die Maßnahmen zur Sicherung der Finanzen, denen gleichzeitig eine Verordnung über die öffentliche Ordnung und Sicherheit angehängt werden wird. Der Etat erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli bis 1. April, also auf neun Monate. Bekanntlich ist für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni d. J. bereits eine Regelung getroffen worden, und zwar im Zusammenhang mit der vom Kabinett vorliegende Umlage des Budgets des Etatsjahres auf den 1. Juli. Die Ersparnismaßnahmen, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettsitzung angekündigt worden sind, beziehen sich auf sachliche Ausgaben, d. h. also, daß Gehaltskürzungen nicht beabsichtigt sind. Ob es doch zur Einführung einer Verdienststeuer kommt, ist offenbar noch nicht ganz genau geklärt. Ein wesentlicher Teil der Ersparnismaßnahmen bezieht sich auf die Kapitäl, die unter dem Begriff Verschönerungsbeitrag zusammengefaßt werden und die im ganzen die Summe von 3,018 Milliarden ergeben. Auf diesem Gebiete sind einschneidende weitere Abstriche geplant. Zum größten Teil dürfte es sich aber darum handeln, andere Deckungsmöglichkeiten zu finden. Im einzelnen ist die Verwirklichung dieser neuen Ideen der Kabinettsitzungen der nächsten Tage vorbehalten. Als sicher kann aber schon jetzt angenommen werden, daß eine Zusammenlegung der drei verschiedenen Arten der Arbeitslosenhilfe nicht in Frage kommt.

Samstag Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin

Berlin, 7. Juni. (Eig. Meldung.) Wie wir erfahren, sind die Ministerpräsidenten der Länder auf Samstag vormittag zu einer Konferenz bei der Reichsregierung nach Berlin ein-

Verhandlungen zwischen Reich u. Preußen

Der Kampf um die 100 Millionen — Staatsausgleich oder Reichskommissar — Kommt die preussische Notverordnung zustande?

Berlin, 7. Juni. (Eig. Meldung.) Die preussische Staatsregierung hat heute eine Kabinettsitzung abgehalten, die bis in die späten Nachstunden hinein andauerte. Der Vertreter des im Reichsland befindlichen Ministerpräsidenten, Wohlfahrtminister Dr. Hirschfeld, und Finanzminister Alexander berichteten zunächst über die Verhandlungen, die sie heute mittag mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister über die aktuellen preussischen Finanzfragen geführt hatten. Es handelt sich dabei bekanntlich um die 100 Millionen, die das Reich dem preussischen Staat für den Verzicht auf Siedlungsansprüche zahlen will. Dieser Betrag ist unbedingt notwendig, wenn der preussische Staatshaushalt ausgeglichen werden soll. In den Verhandlungen, die mit dem Reich unter dem Kabinett Brünning stattgefunden haben, war vereinbart worden, daß die 100 Millionen ab 1. April 1933 in fünf Raten zu zahlen sind. Auch in der heutigen Vormittagsbesprechung in der Reichskanzlei dürfte dieser Tatbestand einwandfrei festgelegt worden sein. Das Dilemma besteht aber wohl darin, daß die ursprüngliche Absicht, diesen preussischen Antrag, vielleicht durch Einschaltung der Reichsbank, voranzuführen, sich nicht durchführen läßt, während auf der anderen Seite der Betrag zur Ausbalanzierung des Etats 1932/33 unbedingt erforderlich ist. Danach bleibt der geschäftsführenden Staatsregierung nichts anderes übrig, als den Etat durch Abstriche und entsprechende neue Steuern auszugleichen. Diesem Problem galt nun die Verhandlung des Staatsministeriums. In politischen Kreisen sprach man davon, daß unter Umständen noch heute nach einer preussischen Notverordnung herauskommen würde, durch die der Staatsausgleich hergestellt worden wäre. Diese Erwartung ist indes nicht eingetroffen. Das Kabinett hat sich vielmehr auf Mittwoch vertagt, weil die Aufhebung umfangreicher Steuern — namentlich vor den Wahlen — doch wohl größeren Schwierigkeiten begegnet, als man außerhalb der verantwortlichen Stellen zunächst angenommen hat. Das Kabinett wird seine Beratungen also am Mittwoch fortsetzen. Die Vertagung geht wohl darauf zurück, daß man mit den hinter dem Kabinett stehenden Parteien Rücksprache nehmen will.

Die Bemühungen um den Staatsausgleich sind schon deshalb außerordentlich ernst, weil man sich in preussischen Regierungskreisen darüber klar ist, daß das Reichsland ohne einen Siedlungsminister in der Führung eines Reichskommissars führen müßte. Die Aussichten für diese Lösung gewinnen umso mehr an Boden, als nach der Erklärung der Nationalsozialisten, für sie komme nur ein Ministerpräsident aus ihren eigenen Reihen in Betracht, die parlamentarische Lösung der politischen Krise Preußens in der nächsten Zeit als ausgeschlossen gelten muß.

geladen worden. Es ist wohl anzunehmen, daß der Reichskanzler sich bei dieser Gelegenheit den führenden Vertretern der Länder vorstellen will und darüber hinaus die aktuellen innerpolitischen Fragen zur Sprache kommen werden.

Die deutsche Delegation für die Lausanner Konferenz

Berlin, 7. Juni. (Eig. Meldung.) Die deutsche Delegation für die Lausanner Konferenz wird voraussichtlich am Dienstag die Reise nach der Schweiz antreten. Ihre Zusammensetzung steht entgegen anderslautenden Meldungen noch nicht in allen Einzelheiten fest. Es dürften an ihr teilzunehmen: Reichsfinanzminister Freyher von Neudach und Staatssekretär Dr. von Bülow, Reichsfinanzminister Graf Scherwin-Krosigk, Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold und Staatssekretär Dr. Trendelenburg. Dagegen hat Reichskanzler v. Papen über seine Teilnahme an der Konferenz, noch keine endgültigen Dispositionen getroffen. Ebenso ist auch noch nicht entschieden, ob der neue Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. von Kaufmann, nach Lausanne geht. Fest steht bisher nur, daß Regierungsrat Dr. Wingen sich von Genf, wo er zur Zeit an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz teilnimmt, nach Lausanne begibt. Im übrigen wird die deutsche Delegation in Lausanne im Savoyhotel Wohnung nehmen.

Reichsbank und Währung

Berlin, 7. Juni. Dieser Tage hat in der Reichsbank eine eingehende Aussprache zwischen dem Vizepräsidenten Dr. Dreife, einem weiteren Mitglied des Reichsbankdirektoriums und Vertretern der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels stattgefunden. Von Seiten der Reichsbank wurde dabei mit großem Nachdruck erklärt, daß die Reichsbankleistung mit aller Energie an den jetzigen Grundrissen der Währung festhalte und diesen Standpunkt gerade auch gegenüber solchen Kreisen vertreten werde, die etwa durch gewisse Experimente die Stabilität der Währung in Frage stellen könnten. Die Vertreter der Reichsbank betonten nachdrücklich, daß die jetzige Reichsbankleistung mit der Währung treue und falle. Sie sei politisch unabhängig und daher durchaus in der Lage, sich gegenüber Einflüssen von außen zu behaupten und die Stabilität der Währung aufrecht zu erhalten.

Nachdem Reichskanzler v. Papen heute einen Beauftragten der NSDAP empfangen hat, wird er im Laufe des Mittwoch noch eine Aussprache mit dem Führer der preussischen Landtagsfraktion des Zentrum, dem Abg. Steiner, haben, der Dienstagabend wieder in Berlin eingetroffen ist. Es handelt sich dabei aber wohl nur noch um eine Formalkarte.

In Kreisen der geschäftsführenden preussischen Regierung ist man sich vollkommen darüber klar, daß sich die Einschaltung eines Reichskommissars in dieser Situation nur vermeiden läßt, wenn es gelingt, den Etat durch die geplante Schlachtfleissteuer und andere begreiflich unbedeutsame Maßnahmen auszubalanzieren. Ob das möglich ist, darüber dürften die Mittwoch erfolgenden Beratungen Klarheit schaffen. Im Augenblick läßt sich nur noch feststellen, daß das preussische Problem ganz außerordentliche Aktualität gewonnen hat.

Wie Brünning entlassen wurde

Die letzte Unterredung mit Hindenburg

Münsterberg, 7. Juni. Der zur Bayerischen Volkspartei gehörende Reichstagsabgeordnete Trochmann (Münsterberg) hat in einer Verlesung eine Darstellung der letzten Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Dr. Brüning gegeben, die er von maßgeblichen Politikern außerhalb seiner Partei, das heißt wohl aus Zentrumskreisen, erhalten hat.

Er teilte mit: „Am Sonntag den 20. Mai nahm Hindenburg gegen Schluß der Unterredung einen Zettel vom Tisch, auf dem zwei Punkte vermerkt waren:

- 1. Das Kabinett Brüning darf keine neue Notverordnung erlassen; 2. Das Kabinett Brüning darf keine personellen Veränderungen mehr vornehmen.“

Damit war dem Reichskanzler jede Arbeitsmöglichkeit genommen.

Beim letzten Empfang am Montag den 20. Mai überreichte Brüning zunächst das Demissionsgesuch des Kabinetts. Hindenburg erklärte, daß er es erwartet habe, und richtete folgende Worte an den Reichskanzler: „Sind Sie bereit, bis Ende Juni das Amt des Reichsministers zu übernehmen?“

Als Brüning ablehnte, wandte sich Hindenburg folgendermaßen an Brüning:

„Wie lautet Ihre Antwort, wenn ich diese Frage von Offizier zu Offizier stelle?“

Brüning antwortete: „Hier spielen nicht Empfindungen eine Rolle, sondern politische Realitäten. Ich wünsche nicht, ein zweiter Bethmann-Hollweg zu sein!“

Abschiedsbesuch Dr. Brünings beim Reichspräsidenten

Berlin, 7. Juni. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den bisherigen Reichskanzler Dr. Brüning zur Verabschiedung.

Herriot vor der Kammer

Paris, 7. Juni. Herriot gab heute programmäßig vor der Kammer seine Regierungserklärung ab. Vorher schon hatte in einer Debatte an die Kammer der wiedergewählte Präsident der Kammer, Fernand Bouisson, auf die schwer auf Frankreich lastende Krise hingewiesen und das Parlament zur Zusammenarbeit zum Zwecke der Bekämpfung der Krise aufgefordert. Hieraus las Herriot die Botschaft des Präsidenten der Republik vor, die ziemlich farblos gehalten ist, die aber an der einzigen politischen Stelle, die sie enthält, die Aufrechterhaltung der Verträge fordert. Herriots Rede selbst befaßte sich entgegen der allgemeinen Erwartung in mehr als der Hälfte seiner Ausführungen mit innerpolitischen Verhältnissen.

Zur Außenpolitik übergehend erklärte Herriot, daß seine Regierung alles tun werde, um die politische Entspannung, die wirtschaftliche Verständigung und die moralische Abrüstung zu fördern.

In der Reparationsfrage kann Frankreich sich die Rechte nicht abtreten lassen, die nicht nur aus den Verträgen hervorgehen, sondern auch in den gegenseitigen Abkommen durch das Gewicht und die Ehre der Unterschriften geschützt sind.

Eine Welt, die sich der Einwirkung des Rechts entziehe, würde über kurz oder lang unter die Macht der Gewalt fallen. Die französische Regierung, die diese Grundsätze verteidigt, ist sich darüber klar, keinen selbstmätigen Privilegien, sondern internationalen Interessen (?) zu dienen. Sie ist außerdem bereit, über jeden Vorschlag und jede Initiative zu verhandeln, die geeignet erscheint, die Weltlage zu verbessern oder eine aufrichtige Verständigung im Sinne des Friedens zu ermöglichen. In Uebereinstimmung mit dem Völkerbundspakt werden wir die Sicherheit nicht nur für uns allein, sondern für alle großen und kleinen Staaten suchen, die in unseren Augen gleiche Ansprüche besitzen. Unsere Handlung wird von den Grundsätzen beherrscht sein, von denen sich auch Briand bei seinem weitberzigen Werk leiten ließ. In diesem allgemeinen Rahmen erklärt die Regierung sich zu allen Lösungen, auch zu Teillösungen, bereit, die nach einer offenen Aussprache in Gestalt einer Herabsetzung der Militärausgaben, ohne die nationale Sicherheit Frankreichs in Frage zu stellen, und die einen weiteren Abschnitt auf dem Wege des Fortschritts und der „detaillierten Abrüstung“ darstellen. Die Regierung wird schon von jetzt ab alle nur möglichen Einsparungen vornehmen, um sich diesen Bemühungen anzuschließen. Zahlreiche Opfer werden, und wir werden diesem Leiden nicht gleichgültig gegenüber. Energetische Anstrengungen können zumind. die moralische Verantwortung einbüßen. Für dieses Werk bieten wir unsere Mitarbeit an.

Auf Grund dieser Erklärung verlangte Herriot das Vertrauen der Kammer. Da er sich wohl hütete, nach irgend einer Seite hin Aufhoh zu erregen, ist es zweifellos, daß ihm dieses Vertrauen gewährt werden wird. Die Regierung hat sich mit den Sozialisten auf folgende Tagesordnung geeinigt, über die im Anschluß an die allgemeine Aussprache abgestimmt werden soll: „Die Kammer stimmt der Regierungserklärung zu und hat das Vertrauen zum Kabinett, daß es die Politik vertritt, die dem eben zum Ausdruck gekommenen Wunsch der Mehrheit des Volkes entspricht. Sie lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.“

Vertrauensvotum der Kammer für Herriot

Paris, 7. Juni. Die Kammer hat mit 290 gegen 152 Stimmen durch Annahme der von den Sozialisten und Radikalen vorgeschlagenen Entschließung dem Kabinett Herriot das Vertrauen ausgesprochen.

Die neue amerikanische Steuerborlage

Washington, 6. Juni. Der Entwurf der Steuerborlage, der heute der Senat zustimmte, wird auf etwas über eine Milliarde Dollar geschätzt. Sie bringt die von Hoover geforderte Angleichung des neuen Etats, der am 1. Juli beginnt, einen bedeutenden Schritt näher, wenn auch von Vorab und anderen Zweifeln geahert wurden, ob die Einnahmen in der geschätzten Höhe wirklich einkommen werden. Hoover unterzeichnete die Steuerborlage sofort nach Empfang, jedoch das Gesetz zwei Wochen später in Kraft tritt. Die in die Steuerborlage hineingepackten Risse auf Kupfer, Petroleum, Kohle und Salz gelten wie alle übrigen Bestimmungen der Novelle nur bis zum 1. Juli 1934. Man nimmt an, daß in der nächsten Session, wenn die Hochschuljähre eine Verlängerung der Laufzeit verlangen, damit das Signal zu einer allgemeinen Revision des Steuersystems gegeben wird. Die neuen Kollekte können, da sie nicht im Zollgesetz stehen, während der Geltungsdauer der Novelle nicht vom Präsidenten erhöht oder herabgesetzt werden. Diese und andere Bestimmungen riefen starke Proteste zahlreicher Parlamentarier hervor. Insbesondere die in letzter Minute eingefügte Einführung eines dreiprozentigen Zuschlags auf alle Rechnungen für elektrischen Strom wurde als unsozial scharf angegriffen. Man zog aber eine Annahme der Novelle der Aussicht auf monatelangen erbitterten Kampf um einzelne Punkte vor, da der Kongreß nunmehr seit Dezember täglich etwa zehnstündig tagt und sehr abgepannt ist. Auch das Sparprogramm zur Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben dürfte baldigst verabschiedet werden. Man hofft, bis Ende Juni die Session schließen zu können. Dann beginnt der demokratische Parteikonvent in Chicago und damit der eigentliche Wahlkampf. Man vermeidet es daher, strittige Fragen, wie den Beitrag zum Weltgerichtshof und der Prohibition anzuschneiden. Auch in der Frage der Arbeitsbeschaffung für Industriearbeiter haben die Senatoren Wagner und Robinson ihre weitgehenden Pläne zurückgestellt und werden sich mit 300 Millionen Dollar Anleihen an die Einzelstaaten begnügen. Zu diesem Vorschlag hat Hoover bereits seine Zustimmung erklärt.



Wir haben nicht vor Mitte Mai aus. Die Samen werden leicht eingereicht und mit Trittbrettern angebrückt, damit die Bodenfeuchtigkeit an die Körner heranzieht. Wer dann bei warmem Wetter die betr. Fläche bebrauchen kann, ist besonders günstig gestellt. Kräftiges Wachstum entwickelt sich nur dort, wo es nicht an Nahrung mangelt! Wo es möglich war, dem Boden guten Kompost, der durch Thomasmehlsatz an Phosphorsäure und Kalz angereichert wurde, zuzusetzen, sind besonders günstige Voraussetzungen für die Entwicklung eines guten Rasens geschaffen. Natürlich kann man auch direkt, also ohne Kompost als Nährstoffträger, den Boden mit Phosphorsäure und Kalz vorbereiten. Man gibt dann zweckmäßig eine Portionssubstanz von etwa 10 kg. Thomasmehl je 100 Quadratmeter Rasenfläche, die man — besonders auf leichtem Boden — durch Anwendung von 4 kg. 40er Kalldüngesatz ergänzt.

Auch sonst kann noch mancherlei vertrieben werden. Hat z. B. das junge Gras eine Höhe von 6 bis 8 Zentimeter erreicht, so ist es das erste Mal zu schneiden. Es wäre verfehlt, bei diesem Schnitt, wo die Dalme noch weich sind und das Gras sich noch wenig bestockt hat, eine Rasenmäschmaschine zu bedienen; Sichel bzw. Sense erfüllen hier ihre Aufgabe besser. Sichelhaft ist es auch, den Rasen zu lang in den Winter gehen zu lassen. Durch die Feuchtigkeit legen sich die Dalme, verfaulen sie, fangen an zu faulen, und es entsteht eine unheimliche Geruchsbildung. Es ist ein Leichtes, sich durch Beobachtung all dieser kleinen Winke einen geschlossenen, dauerhaften Rasen zu schaffen.

Komposthaufen unter Obstbäumen

Es kommt des öfteren vor, daß auch Blahmangel im Garten der Komposthaufen unter einem Obstbaum errichtet wird und hier mindestens zwei Jahre, wenn nicht noch länger, liegen bleibt. Ist doch eine solche Stelle geradezu verlockend für die Lagerung der Gartenabfälle, da unter dem Baume sonst nichts zu arbeiten pflegt, und in seinem Schatten der Komposthaufen vor dem Austrocknen bewahrt bleibt. Recht praktisch, aber dennoch falsch gedacht! Eine Beobachtung des Baumes während der guten Jahreszeit wird bald die Augen öffnen. Der an sich gesunde Baum fängt nämlich bald zu kränkeln an, ein Zustand, der sich auch bei den Früchten und hier noch am auffälligsten bemerkbar macht. Der Baum läßt im Herbst seiner Früchte nach, diese bleiben kleiner als sonst, und zwar besonders auf der Seite, wo der Komposthaufen lagert. Wird dieser jedoch bald wieder entfernt, dann bessern sich die Verhältnisse für den Baum, und er wird bald wieder völlig gesund. Weitet man jedoch den Komposthaufen aus, daß er ringsum den Blah der ganzen Baumkrone bedeckt, dann läuft man nur zu leicht Gefahr, daß der Baum in verhältnismäßig kurzer Zeit vollständig abstirbt. Wie erklärt sich nun diese sonderbare Erscheinung? Durch die aufsteigenden Abfälle werden Luft und Feuchtigkeit von den Wurzeln des Baumes in einem um so größeren Maße abgeleitet, als die Verweilung in dem Komposthaufen fortgeschritten, und er zu einer dichten Masse zusammenhängt. Die Folge davon ist, daß die wichtigen Bodenbakterien, die den Wurzeln die Nährstoffe vermitteln, ihre Tätigkeit einstellen, weil es ihnen an dem zum Leben nötigen Sauerstoff fehlt. Notgedrungen muß dann der ganze Baum aus Nahrungsmangel dahinsinken und bald einlehen. Auch größere Mengen von Laub, das sich bei der Verweilung stark erwärmt, können den Baumwuchs gefährden. Darum soll man die Baumkrone unbedingt von derartigen Bedeckungen frei halten.

Württemberg

Stuttgart, 7. Juni. (Ein Vlogat.) Das Vlogat für das Deutsche Turnfest, das bei dem Wettbewerb mit dem 1. Preis ausgezeichnet worden ist und das von zwei Schülern der Abteilung von Prof. Schmid in der Kunstgewerbeschule stammt, ist nachträglich als Vlogat erkannt worden. Die Deutsche Turnerschaft hat in der Angelegenheit den Bund Deutscher Gewerkschaftler um eine Begutachtung gebeten und dabei wurde festgestellt, daß sich die beiden Preisrichter bei ihrem Entwurf in weitestgehendem Maße an eine Werturteilung des Pariser Gewerkschaftler-Kalenders angelehnt haben. Die Preisrichter wurden nun aufgefordert, den Preis zurückzugeben. Die Preise betragen 700 und 500 Mk. und sind bereits zurückbezahlt. Mit der Frage der Preisverteilung wird sich erneut der Turnfestaus-schuss befassen.

Stuttgart, 7. Juni. (Ein Schlag mit der Bierflasche.) In der Nähe des Leonhardsplatzes kam es am Montagabend in der Wohnung eines Ehepaars zu erheblichem Streit mit dem Liebhaber seiner Frau, der sodann mit ihr vom Dach zurückgekehrt war. Im Verlauf des Streites verlegte der Liebhaber dem alten Mann mit einer Bierflasche mehrere wichtige Hiebe über den Kopf, so daß die Flasche zerplatzte. Der Schwerverletzte trug klopfende Wunden am Hinterkopf davon, konnte sich noch aus der Wohnung bis zum Leonhardsplatz schleppen, wo er blutüberströmt zusammensank. Er mußte mit dem Krankenwagen ins Spital gebracht werden. Der Täter wurde in Folgejahrgewalt genommen.

Vönloden, 8. Juni. (Möbeldiebstahl.) (Möbeldiebstahl stellt die Zahlungen ein.) Am Samstag wurde vom Gemeinderat mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, daß die Gemeinde ab 8. Juni ihre Zahlungen einstellt. Die Wohlfahrtsvereine sollen diese Woche noch beschlagnahmt werden, soweit die Finanzlage es erlaubt. Vönloden hat schon seit Monaten dauernd 40—50 Wohlfahrtsvereine zu beschlagnahmen.

Ruchen, 7. Juni. (Aus dem fahrenden Schnell-

zug gefallen.) Bei dem Frühlingszug (Geislingen an 3.21 Uhr) fiel heute in Höhe von Ruchen ein Reisender aus München, der von der Holz kam, aus dem fahrenden Schnellzug. Anscheinend hat der schlaftrunkene Reisende, der zur Toilette wollte, die falsche Türe erwischt, und stürzte auf den Bahnkörper. Glücklicherweise war die Zuggeschwindigkeit nicht sehr schnell, so daß der Mann mit einer Verletzung am Mund und an den Füßen davonkam. Er konnte sich noch selbst um Hilfe bemühen und wurde mit dem Sanitätsauto ins Krankenhaus gebracht.

Chingen, 7. Juni. (Ein Schilddrüsenkreisl.) In einer Nachbargemeinde leistete man sich einen Schilddrüsenkreisl. Beim Neubau einer Scheune wurde noch ein Eingang zum Stall, ein Eingang zur Scheune, aber nicht zum Schopf gemacht. Hinten und vorn und seitlich alles vermauert. Erst nachher sah man, daß es doch mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, wenn man zum Schopf nur durch die Scheune kommen kann. Es wird nun keine andere Wahl mehr vorhanden sein, als nachträglich noch einen Eingang zu machen.

Talheim, 7. Juni. (Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes.) Die Amtsvorstellung genehmigte die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Zunächst soll die Straße Etodenhausen—Hilshausen verbessert werden. Die Straße Vlg.—Neuweiler, die für die Gemeinde Vlg. die kürzeste Verbindung mit dem Allertal darstellt, bleibt also zunächst noch in ihrer Ausführung zurückgestellt.

Dom bayerischen Allgäu, 7. Juni. (Abfassung des Leichen-schmaus.) In der letzten Sitzung der Bezirksbauernkammer Kempten wurde darauf hingewiesen, daß allseits die Gepflogenheit, gelegentlich von Beerdigungen einen sogenannten Leichenschmaus abzuhalten, namentlich in der heutigen Notzeit als drückend empfunden wird. Die Bezirksbauernkammer wie die Bürgermeister des Bezirks Kempten seien sich darüber einig, daß es zweckmäßig wäre, wenn mit allen Mitteln auf die Beseitigung dieses Brauchs, der sich zu einer Last ausgewachsen habe, hingewirkt würde.

Glänzende Erfolge der württ. Fleckviehzucht auf der D.L.G.-Ausstellung in Mannheim

Stuttgart, 6. Juni. Heute schloß die Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (D.L.G.) in Mannheim ihre Tore. In der Rinderabteilung war das Fleckvieh mit 165 Stück unter den verschiedenen Rinderrassen aus dem ganzen Reich führend. Professor Kronacher-Berlin, der in der Rinder-Abteilung der D.L.G. über die Ausstellung der Oberbayerischen Bericht erstattete, erklärte, daß das Fleckvieh der Mannheimer Ausstellung das beste sei, das man bisher auf einer D.L.G.-Ausstellung zu sehen bekommen habe. Noch interessanter als das Urteil über das Fleckvieh im ganzen ist das Urteil Kronachers über das württ. Fleckvieh. Er sagte: „Rauben-Schalen, das durch seine gutgestellten, rumpfigen, dabei schmittigen Bullen auffiel, hat außerdem eine Reihe von Kühen mit guten Milchleistungen. Oberwunden hat mit seinen tiefen, festgeschlossenen Kühen seine Leistungen in Stuttgart noch weit übertroffen. Seine Sammlung stellt fraglos den Mittelpunkt der Ausstellung hinsichtlich Juchtrichtung und Einheitslichkeit dar.“ Entsprechend war auch die Zuertennung von Preisen und Anerkennungen an den Verband oberwundener Fleckviehzüchtervereine (Ulm), den Fränkisch-bohemischen Fleckviehzüchterverband (Holl.). Auch der Braunviehzüchterverband (Vöhrach) konnte für seine Verbandssammlung einen höchsten Preis erwerben. Die ergründeten beiden Verbände erhielten außer den sonstigen hohen Auszeichnungen die höchste Anerkennung, die die D.L.G. zu vergeben hat, nämlich den Max-Cuth-Preis.

Die „gut finanzierte“ Reise zur Landwirtschaftsausstellung

Eine sehr angenehme Ueberraschung erlebte ein jüdischer Landwirt aus der Gegend von Glemnis, der zur gegenwärtig stattfindenden 8. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft nach Mannheim gekommen war. Er lag um Mitternacht abnunglos in fröhlichem Kreis in einem Restaurant, als der Verkäufer einer Kugellotterie ins Lokal kam und scheinbar zur Werbung des künftigen Lotteriegewinns anforderte. Mit sicherem Griff zog der jüdische Baueremann tatsächlich den ersten Haupttreffer und war über sein Glück nicht wenig verblüfft. Die sofort benachrichtigte Geschäftsstelle der Kugellotterie ließ dem glücklichen Gewinner noch in später Nachtstunden eine Anzahlung anbieten, um ihm die oblagte Fremdensteuer zu ersparen. Ob daraus etwas geworden ist, ließ sich nicht ermitteln, jedenfalls aber wird der gemüthliche Sache wohl immer gern an Mannheim zurückdenken und in Zukunft keine der jährlichen Wanderausstellungen veräumen. Er weiß ja nun, wie man eine solche Ausstellungsreise „finanziert“.

Verbandstag der württ. Gemeindebeamten

Geislingen, 6. Juni. Am Sonntag wurde hier die 11. Vertreterversammlung des Verbands württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten abgehalten. Der Verband zählt 11000 Mitglieder. Anwesend waren mehrere Ehrengäste, darunter der Landrat und der Oberbürgermeister. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Berichte des Verbandsvorsitzenden Einsele über die beamtenpolitische Lage und des Verbandsdirektors Kündig über die Tätigkeit des Verbands. Die Besprechungen fanden ihren Niederschlag in einer Entschließung, darin heißt es, daß viele Hunderte Beamten der Landgemeinden und der Amtskörperschaften bezüglich der Befolgung durch die württ.

Kommunistische Partei zeige der Arbeiterschaft den richtigen Weg. Es sprach dann noch der Abg. Kling (SPD.), worauf die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt wurde.

Die Regierung antwortet auf Kleine Anfragen

Stuttgart, 7. Juni. In der heutigen Landtags-sitzung wurden mehrere Kleine Anfragen von der Regierung beantwortet. Aus den Antworten ist folgendes hervorzuhelien:

Aus Anlaß von Bestellungen einer großen Motorenfirma und einer Automobil-Schuldenkonturrenz, die am 1. Mai 1932 in Wiesbaden stattfand, ist in den beiden Reichsministerien, in der Werkzeugmacherei und im Reichswerk des Siedelfinger Werkes der Daimler-Benz A.G. an einigen Wochentagen Ueberzeitarbeit und von etwa 10 Arbeitern auch Sonntagsarbeit geleistet worden. Da geeignete Facharbeiter in genügender Zahl nicht zur Verfügung standen, war die Ueberzeitarbeit nicht zu umgehen, wenn das Werk nicht auf die schlagartig erteilten Aufträge verzichten wollte. Jedoch ist in seinem Fall die Arbeit auf 80 Stunden in der Woche ausgedehnt worden.

Das Saatsministerium hat vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags beschloffen, soweit möglich, in allen Verwaltungen, besonders aber in der Schulverwaltung, Praktikanten unter Gewährung von Unterrichtszuschüssen zu verwenden und zu diesem Zweck einen Betrag von zunächst 100 000 Mk. in den Staatshaushaltplan einzustellen. Dierdurch soll den Staatsdienstamtsleitern und besonders den Junglehrern Gelegenheit gegeben werden, ihre beruflichen Kenntnisse zu erhalten, fortzubilden und in praktischer Tätigkeit zu vertiefen. In Ausführung dieses Beschlusses hat das Saatsministerium Grundzüge für die Einstellung von unständigen Lehrern als Schulpraktikanten aufgestellt. Mit der Durchführung dieser Grundzüge wird demnächst begonnen.

Notverordnung vom 31. Dezember 1931 in ihren Rechten schwer verletzt wurden. Dagegen wird Verwahrung eingelegt und die Verbandsorgane werden beauftragt, Schritte zu unternehmen, um den früheren Rechtszustand wieder zu erreichen. Weiter soll der Regierung und dem Landtag ein Antrag unterbreitet werden, durch ein besonderes Gesetz die Rechtsverhältnisse der Amtskörperschaftsbeamten denen der Gemeindebeamten auszugleichen. Das Innenministerium wird gebeten, den von einzelnen Körperschaften verlangten Rechtsveränderungen entgegenzutreten und sich für die Erhaltung des Berufsbeamtentums in der Gemeinde- und Körperschaftsverwaltung, sowie für die Anwendung der Rechtsprechung des Reichsgerichts auf die Rechtsverhältnisse der württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten einzusetzen. Stellung genommen wird auch gegen die im württ. Amtskörperschaftsdienst vorgenommenen Sonderkürzungen der Entschädigungen für auswärtige Dienstverrichtungen. Der bisherige Verbandsvorsitzende, Oberrechnungsrat Einsele-Stuttgart, wurde auf vier Jahre wiedergewählt und als Ort des nächsten Verbandstags wurde Vöhrach bestimmt.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 7. Juni. (Schlachtolehmort.) Dem Dienstagmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 28 Ochsen, 35 Bullen, 263 Junghüllen (unverkauft 5), 238 Kühe, 302 (10) Kinder, 1534 Kälber, 2250 (20) Schweine, 1 Flegel, Erbs aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen a 30—34 (letzte Markt —), b 25—28 (—), c 23—24 (—), Bullen a 26—27 (25—27), b 23—24 (uno.), c 21—22 (—), Kühe a 22—27 (—), b 18—21 (—), c 12—15 (—), d 9—11 (—), Kinder a 35—37 (uno.), b 28—32 (—), c 24—27 (—), Kälber b 37—40 (uno.), c 31—36 (32—36), d 25—29 (28—31), Schweine a feste über 300 Pfd. 38—39 (uno.), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 38—39 (uno.), c von 200—240 Pfd. 39—40 (uno.), d von 160—200 Pfd. 38—39 (uno.), e fleischig von 120—160 Pfd. 36—37 (uno.), Sauen 28—32 (28—31) Mk. Marktverlauf: Großvieh mäßig belebt, Kälber ruhig, Schweine mäßig.

Vöhrach, 6. Juni. (Pferdemarkt.) Zugeführt waren 102 Pferde, darunter 2 Fohlen. Der Markt war zum Teil mit guten Tieren besetzt. Die ausgetriebenen Tiere vertrieben sich gleichmäßig auf Handel und Landwirtschaf. Es waren folgende Handelspreise üblich: 100 bis 400 Mk. für leichte Pferde, mittlere 450—750 Mk., schwere Arbeitspferde 800—1200 Mk. Beste Tiere wurden über diese Preise gehandelt. Der Verkauf bewegte sich in ruhigen Bahnen. Der nächste Pferdemarkt findet am Montag den 4. Juli statt.

Karlsruhe, 6. Juli. Zufuhr: 44 Ochsen, 33 Bullen, 28 Kühe, 120 Färsen, 227 Kälber, 1110 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen 22—34, Bullen 18—26, Kühe 20—25, Färsen 23—27, Kälber 23—44, Schweine 28—44. Bestes Schlachtolehmort über Marktpreis bezahlt. Verlauf des Marktes: Großvieh und Schweine langsam, geringer Ueberstand; Kälber langsam, geräumt.

Letzte Nachrichten

Berlin, 7. Juni. Der preussische Ministerpräsident Brauns hat am Montag einen längeren Urlaub angetreten und gleichzeitig den Wohlfahrtsminister Dr. Dirscher mit dem Vorbehalt im geschäftsführenden Kabinett vertretungsweise beauftragt. Herr Brauns hat dabei angedeutet, er glaube nicht, daß er bei der Lage in Preußen noch einmal Gelegenheit habe, in sein Amt zurückzukehren, weil mit dem Ablauf seines Urlaubs vermutlich eine Klärung in Preußen herbeigeführt sei.

Berlin, 7. Juni. Ein Ministerialamtmann stürzte heute vormittag aus dem vierten Stock des Reichswirtschaftsministeriums auf den Hof und blieb tot liegen. Der Ministerialamtmann war kurz nach seinem Dienstantritt von einem Unwohlsein befallen worden; er war aus offene Fenster getreten, um frische Luft zu schöpfen. Dabei erlitt er, wie nachträglich vom Arzt festgestellt wurde, einen Herzschlag, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Da der Amtmann gerade in diesem Augenblick sich weit aus dem Fenster gelehnt hatte, stürzte er ab.

Wien, 7. Juni. In dem Prozeß gegen Frau Jechm und ihre Mutter Frau Ledwig wurde heute abend kurz vor 12 Uhr das Urteil verkündet. Frau Ledwig und ihre Tochter Frau Jechm wurden wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrentitel wurden ihnen auf Lebenszeit aberkannt. Ferner wird Frau Jechm wegen verurteilter Anstiftung zum Mord und versuchten Totschlags zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Minden (Westfalen), 7. Juni. Ein mit mehr als 20 Matrosen der 1. Marine-Artillerie-Abteilung aus Kiel besetzter Lastkraftwagen der Kraftfahrzeugwerke fuhr in der Nacht zum Sonntag zwischen Heimsen und Schließburg auf der Straße von Minden nach Stolzenau gegen einen Baum. Sämtliche Insassen wurden aus dem Wagen auf die Straße und an angrenzenden Keller geschleudert. Der Zivilangehörige Dimmer aus Kiel erlitt einen Arbeitsunfall und war auf der Stelle tot. Ein zweiter Insasse starb im Stolzenauer Krankenhaus, wo noch vier Mann mit lebensgefährlichen Schädelverletzungen darniederliegen. Sechs weitere Matrosen erlitten ebenfalls sehr erhebliche Verletzungen. Der Kraftwagen kam aus dem Münsterlager. Der Wagen, der nur wenig beschädigt wurde, fuhr dann noch etwa hundert Meter weiter und konnte dann von dem im verdeckten Bordraum sitzenden Fahrer, neben dem sich noch ein Oberleutnant und ein Stabsarzt befanden, zum Dalten gebracht werden.

Budapest, 7. Juni. Wie Aj Est aus Sofia erfährt, ließ gestern nachmittag der Schnellzug Warschau—Sofia bei der Durchfahrt durch die Station Michalk mit einer Rangierlokomotive zusammenstoßen. Fünf Personenwagen wurden zertrümmert und beide Lokomotiven vollständig zerstört. Von den Reisenden erlitten sieben schwere und zwanzig Passagiere und Bahndiener leichtere Verletzungen. Der Stationsbeamte vom Dienst wurde verhaftet, weil sich herausgestellt hatte, daß seine Inhabung des Zusammenstoß verursacht hatte.

Wagad, 7. Juni. Bei dem Brande eines Hauses kamen hier heute eine Mutter und ihre fünf Töchter im Alter von 3—12 Jahren durch Erstickten ums Leben. Sie hatten sich in den Keller des Hauses geflüchtet. Dem erlöschenden Vater gelang es, sich zu retten.

Ueber 300 000 Besucher auf der D.L.G.

Mannheim, 6. Juni. Sonntag, der letzte Tag der Wanderausstellung brachte infolge des zeitweise recht unfreundlichen Wetters bei starken Regenfällen zwar nicht die 100 000-Besucherszahl, doch ist sie mit 80 000 nicht zu niedrig angenommen. Es ergibt sich also eine Gesamtbesucherszahl der diesjährigen Wanderausstellung von rund 310 000, sie bleibt gegen die letztjährige in Hannover nur um rund 60 000 zurück. Bist jetzt über 80 000 über der Kölner Besucherszahl 1930 und um rund 30 000 über München 1929.

Den Höhepunkt der D.L.G.-Wanderausstellung brachte der Sonntag mit einer Wiederholung in vergrößertem Maßstab des Trachtenzuges. Unübersehbare Menschenmengen hatten die Durchgangsstrecken gefüllt, nur mit Mühe vermochte die Straßenbahn den Verkehr einigermaßen aufrecht zu erhalten. Die Straßen waren im dichten Fahnenstreich, grüne Guirlanden überspannten sie oftmals. In 86 Gruppen zogen die



über tausend Teilnehmer am Trachtenzuge von den Rhein-Neckarhöfen zum Ausstellungsgelände, herzlich begrüßt von den Zuschauern.

Muttermörder Schoch festgenommen

Berlin, 7. Juni. Der geisteskranke Muttermörder Schoch aus Eutin, der gestern das schaurige Paket in der französischen Botschaft am Pariser Platz abgegeben hat, ist heute vormittag im Rechtsanwaltsbüro von Justizrat Guttman in der Wallstraße festgenommen worden. Schoch hatte bereits am Samstag dreimal im Büro des Justizrats vorgesprochen; allerdings wußte man damals noch nicht, daß es sich bei dem Unbekannten um den Muttermörder handelte. Als er heute wieder erschien, alarmierte man sofort die Polizei. Schoch trat den Beamten vor dem Anwaltsbüro auf der Treppe entgegen und sagte: „Ah, Sie erwarten mich wohl?“ Er ließ sich dann ohne Widerstand festnehmen. Bei seiner Vernehmung machte er sehr verwirrte Angaben.

Verbandstag des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes

Hamburg, 6. Juni. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband veranstaltete gestern hier seinen 23. Verbandstag, der von 360 Abgeordneten aus dem Reich, dem europäischen und überseeischen Ausland besucht und insgesamt von mehr als 2000 Teilnehmern besucht war. Aus dem Redenschaftsbericht über die beiden letzten Jahre geht hervor, daß der D.N.G. mit 400.000 Mitgliedern als einziger großer Berufsverband seinen Bestand voll behauptet hat. In einem Vortrag über soziale Wirtschaftspolitik wandte sich Max Degebold gegen jeden Versuch zur gewaltsamen Lösung der Krise durch Währungsversuche und betonte, der D.N.G. werde

mit äußerster Entschiedenheit die Tarifverträge, das Schlichtungsgesetz und die Verbindlichkeitsklärung als wichtigste Punkte des Arbeitnehmerschutzes verteidigen. Verbandssekretär Wehly wies in seiner Rede darauf hin, daß der D.N.G. den Kampf um die Unabhängigkeit der Gewerkschaften entschieden führen werde, unabhängig von jeder Partei. Zu dem Regierungswechsel erklärte der Redner, der Verband mache seine Haltung abhängig von der Haltung der Regierung zu seinen nationalen und sozialen Zielen. In mehreren Entschließungen wurde jede weitere Gehaltsenkung, Eingriffe in die Arbeitslosenversicherung sowie Einführung der Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung entschieden abgelehnt.

Der Kriegsteilnehmermarsch auf Washington

Washington, 6. Juni. Aus allen Teilen wird der Anmarsch weiterer Kriegsteilnehmergruppen auf Washington gemeldet. Am Dienstag wollen die Kriegsteilnehmer in Washington eine große Massenversammlung veranstalten. Die Polizei erklärt, daß weitere Untertunideen sowie Lebensmittel nicht verfügbar seien. Dagegen sind den Kriegsteilnehmern für Donnerstag Lastwagen zum Abtransport zur Verfügung gestellt worden. Von den Führern der Bewegung wird erklärt, daß die amerikanische Regierung die Kriegsteilnehmer in den Jahren 1917/18 unterhalten habe. Das gleiche könne sie auch jetzt tun. Die Kriegsteilnehmer beabsichtigen, Washington zu besetzen und die Abstimmung des Kongresses über die Kriegsbüchse, die am 13. Juni stattfinden soll, abzuwarten. Allen Anfechtungen nach ist der kommunistische Einfluß im Wachen. Das Kriegsministerium hat Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Geipante Lage in Washington

Washington, 7. Juni. Die hier weilenden ehemaligen Kriegsteilnehmer haben sich nach erregten Auseinandersetzungen

gen und anscheinend durch die starke Presseagitation über angebliche „kommunistische Drahtzieher“ beeinflusst, in zwei Gruppen gespalten, die ihre Paraden nunmehr auch getrennt abhalten wollen. Die „Parade der Weißen“ soll heute abend, die der „Roten Veteranen“ morgen stattfinden. Die „rote“ Gruppe hat gedroht, bis zum Jahre 1945 hier bleiben zu wollen, da in diesem Jahre die meisten Bonuszahlungen fällig werden.

Die Polizei befindet sich in höchster Alarmbereitschaft. Sollte die Polizei allein zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht ausreichen, so will man zuerst die Miliz des Washingtoner Stadtbezirks einberufen.

Aus Welt und Leben

Rekord der Weltphotographie. Um auch durch neblige, unklare Luft hindurch auf weite Entfernungen photographieren zu können, bedient man sich jener Platten, die durch Farbstoffe auch für langwellige Lichtstrahlen empfindlich gemacht wurden, die auch unreine Luft durchdringen. So gelang es kürzlich in Kalifornien von einem in 7 Kilometer Höhe fliegenden Flugzeug aus einen in 300 Kilometer Entfernung befindlichen Berggipfel deutlich auf die Platte zu bringen, wobei die Kamera nach dem Kompaß gerichtet wurde. — (Amerikanische Nachrichten — Vorsicht ist geboten!)

Völkerbund gegen Walfischkrieg. Da jährlich etwa 30.000 bis 40.000 Walfische getötet werden, ordnete die zweite Kommission des Völkerbundes an, daß seltene Walfische überhaupt nicht mehr getötet werden dürfen. Junge und Weibchen, die Junge führen, müssen geschont werden. Das ist ja ganz schön. Wer beaufsichtigt aber die Walfischfänger im Eismeer? Wie leicht die famose Völkerbundflotte?



Eine Kunstausstellung der Kriegsblinden

Der blinde Bildhauer Schmidt mit seinem Werk „Der Krieger“.

Im Rahmen der Reichstagung der Kriegsblinden, die in Hamburg stattfand, wurde auch eine Ausstellung der Kriegsblinden eröffnet, auf der viele Werke von erschütternder Ausdruckskraft zu sehen waren.



Ein preisgekrönter Entwurf für das Reichsehrenmal bei Berka

Entwurfsskizze von Regierungsrat a. D. Walter Joh. Krüger, Berlin, dem Schöpfer des Tannenberg-Denkmals. Von 1800 eingereichten Entwürfen für das Reichsehrenmal

bei Bad Berka wurden 30 Arbeiten, darunter die von uns abgebildete, preisgekrönt und die Künstler mit der Einreichung eines neuen Entwurfs zur endgültigen Auswahl beauftragt.

Entschuldung und Zins-Verbilligung

Ueber diese Fragen erhalten Sie Aufschluß in einem **Besprechungs-Abend** am Freitag den 10. Juni 1932, abends 8 Uhr, in Neuenbürg im Gasth. z. „Bären“.

Oberamtsparlatte Neuenbürg.

Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragung in das Vereinsregister vom 6. Juni 1932: **Turn-Verein Höfen a. Enz.** Sitz: Höfen a. Enz.

Bezirks-Obst- u. Gartenbauverein Neuenbürg.

Am nächsten Sonntag den 12. Juni d. Js.

Obstbau-Vortrag

in Engelsbrand durch Herrn Obstbau-Oberinspektor Schaal vom Württ. Obstbauverein. 1 1/2 Uhr nachm. Felder-Umgang, Zusammenkunft am Rathaus. 3 Uhr nachm. Vortrag in der Turnhalle. Zu zahlreichem Besuch laden wir unsere Mitglieder und Interessenten ein.

Der Vorstand.

Arbeits-Vergebung.

Zum Neubau eines Wohnhauses des Herrn H. Andras in Neuenbürg habe ich folgende Arbeiten zu vergeben:

Erdb., Beton- und Maurer-, Zimmer-, Flaschner-, Dachdecker-, Gipfer-, Schreiner- und Glaser-, Schlosser-, Maler- u. Tapezierarbeiten, Installation von Wasser und elektr. Licht und die Trägerlieferung.

Die Vergebung erfolgt auf Grund der Allg. Vertragsbedingungen für die Ausföhr. von Bauleistungen (DIN 1961) und der Techn. Vorschriften für Bauleistungen (DIN 1962 bis 1985). Die Unterlagen liegen am Freitag und Samstag den 10. und 11. Juni in der Wohnung des Herrn Andras im Haus Kaffee Mühle in Neuenbürg und am 13. Juni in meinem Büro auf und werden solche gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben. Die Angebote wollen bis spätestens 17. Juni, mittags 12 Uhr, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift in der Wohnung von Herrn Andras abgegeben werden.

Dobel, den 8. Juni 1932.

E. Sudelmaier, Dipl.-Ing.



Württ. Schwarzwald-Verein
Ortsgruppe Neuenbürg.

Familien-Abend

mit Tanz-Unterhaltung am Samstag den 11. Juni 1932, abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Bären“ hier.

Nachmittags-Spaziergang

am folgenden Sonntag über Bozenhardts Bionerweg zum Sonnenberg unter Führung von Emil Gaehle. Sammlung 1 1/2 Uhr b. d. Schleifmühle.

Zu beiden Veranstaltungen laden wir unsere Mitglieder mit Angehörigen herzlich ein.

Die Vorstandschaft.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag, 9. Juni, 15 Uhr, in Birkensfeld:

Birke 300 Liter Wein, ein Schokoladenkasten, 50 Pfd. breite Nudeln, 30 Pfd. Maccaroni, 1 Warenschrank, 1 Kadentisch, 1 Eisstransformator, 1 Warenschrank, 1 Eischrank, 1 leeres Möbelschrank, 1 Regale, 1 Eischrank, 1 Warenschrank, 1 Schreibtisch, 1 Kadentisch, 1 Pflüschdivan.

Zusammenkunft am Rathaus. **Gerichtsvollzieherstelle Wildbad.**

Calmbach.

3 Zimmer-Wohnung

mit Zubehör ist zu vermieten. **Freiholz, Laubenacker.**

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag, 9. Juni 1932, nachmittags 14 Uhr, in Oberlengenhardt:

2 Schränke und 2 Waschkommoden.
15 Uhr in Jainen:
2 Fässer, 325 und 328 Ltr. haltend.

Zusammenkunft in Oberlengenhardt b. Rathaus, in Jainen am Ortseingang.

Gerichtsvollzieherstelle Wildbad.

Gaigel- und Lapp-Karten

empfehlen **C. Mehl'sche Buchhdlg.**

Bezirks-Consum-Verein Neuenbürg.

Achtung! Mitglieder!
Jetzt ist die günstigste Zeit um seinen Winterbedarf in Kohlen einzudecken und empfehlen wir:

Union-Briketts
Anthracit-Eiform-Briketts
Ruhr-Rußkohlen
Gr. II

zu Sommerpreisen. Die Bestellungen werden in den Verteilungsstellen und im Büro entgegen genommen.

Der Vorstand.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag, 9. Juni 1932, nachmittags 14 Uhr, in **Dobel**:

1 Leemachline, 1 Chaiselongue, div. Porzellan- und Glaswaren, 2 Stühle, 1 Toilette, 1 Spiegel, 1 Gehrock, eine Krupp-Registrierkasse, 1 Sofa, div. Weine, Spirituosen und Konjerven. Zusammenkunft beim Rathaus. **Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb.**

Pfannkuch

4 **Sondertage**
Mittwoch-Samstag

3 Paar **Frankf. Würstchen**
2 Pfund **neue Kartoffeln**
abgemessen nur **50 Pfg.**

3 St. **Matjesheringe**
2 Pfund **neue Kartoffeln**
abgemessen nur **50 Pfg.**

Molkerei-Butter
1/2 Pfd. **68 Pfg.**

Neue gelblichfarbige **Kartoffeln**
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**

Neue gelblichfarbige Kartoffeln
3 Pfd. **38 Pfg.**